



N I E D E R S C H R I F T

15. Sitzung des Ausschusses für Soziales

Termin	Donnerstag, 14.11.2024	
Beginn	15:30 Uhr	
Ende	17:15 Uhr	
Ort	Hanse-Schule für Wirtschaft und Verwaltung, Dankwartsgrube 14-22, 23552 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
	Helmut Müller-Lornsen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
	Mandy Siegenbrink - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Fraktionsvorsitzende	
	Hülya Tac - CDU	
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
	Sandra Odendahl - SPD & FW	Vorsitz
	Katrin Funk - Unabhängige Volt-PARTEI	
	Rainer Holtz - AfD	
	Volker Nehrhoff - CDU	
	Daniela Schindler - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
	Burghard Speckmann - SPD & FW	
	Bianca Szygula - LINKE & GAL	
	Nadine van Benthum - CDU	
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht		
	Tanja Friede - Kreiselterntvertretung	
	Tanja Habeck - Kreiselterntbeirat GS u. Föz	
	Mandy Schellbach - Initiative Inklusion	
Beiratsmitglieder		
	Christian Rettberg - Beirat für Menschen mit Behinderungen	
Verwaltung		
	Lena Ahlborn-Ritter -	
	Daniel Blank - FBC FB 2	
	Dr. Hans-Joachim Friedemann - 4.401 Schule und Sport	
Protokollführung		

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtung	
2	Genehmigung der Niederschrift	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	AM Andreas Müller (Fraktion Linke & GAL): Abschiebung aus Schutzraum Frauenhaus	VO/2024/13707
4	Berichte	
4.1	mdl. Bericht: Vorstellung Kreiseltererbeirat der Grundschulen und Förderzentren	
4.2	mdl. Bericht der Initiative Inklusion zur Elternperspektive bei den Förderzentren	
4.3	Schulentwicklungsplanung Förderzentren	VO/2024/13171
4.3.1	Schulentwicklungsplanung der Förderzentren- überarbeiteter Bericht	VO/2024/13171-06
5	Beschlussvorlagen	
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	Fraktion LINKE & GAL zu Schulentwicklungsplanung Förderzentren	VO/2024/13171-04
6.2	Fraktion LINKE & GAL zu Schulentwicklungsplanung Förderzentren	VO/2024/13171-05
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
8	Verschiedenes	
9	Ende des öffentlichen Teils und der Sitzung	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtung

Die stellv. Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Sie entschuldigt die Ausschussvorsitzende Frau Prüß und ebenso Frau Senatorin Steinrücke.

Sie informiert darüber, dass Tonbandaufzeichnungen zur Erleichterung für die Protokollführung erfolgen.

Die berichtet, dass TOP 3.1 in Abstimmung mit der Fraktion Die LINKE+GAL in die Dezember-Sitzung vertagt wird.

Die stellv. Vorsitzende verpflichtet die stellv. bürgerlichen Ausschussmitglieder Frau Nadine van Benthum sowie Frau Bianca Syzgula mit den Worten:

„Ich verpflichte Sie gemäß § 46 Absatz 6 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten und führe Sie in Ihr Amt ein.“

Sie erklärt, dass die TOPs 4.1 bis TOP 4.3.1 in gemeinsamer Beratung mit dem Schul- und Sportausschuss sowie dem Jugendhilfeausschuss erfolgen werden.

Die Sitzung des Ausschusses für Soziales wird von 15: 36 Uhr bis 15:42 Uhr unterbrochen und dann in gemeinsamer Sitzung mit dem Schul- und Sportausschuss und dem Jugendhilfeausschuss um 15:42 Uhr fortgesetzt.:

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

keine

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

**zu 3.1 AM Andreas Müller (Fraktion Linke & GAL): Abschiebung aus Schutzraum Frauenhaus
Vorlage: VO/2024/13707**

vertagt

Beschluss:

1. Ist der Verwaltung der Fall einer Frau (mit Kindern im Alter von 6 und 8 Jahren), die aus einem Hamburger Frauenhaus nach Österreich abgeschoben wurde, bekannt?
2. Gibt es in Schleswig-Holstein gesetzliche Regelungen, die so eine Tat verhindern?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 4 **Berichte**

Beginn der gemeinsamen Sitzung des Schul- und Sportausschusses, des Jugendhilfeausschusses und des Ausschusses für Soziales um 15:42 Uhr unter dem Vorsitz von Herrn Schulze.

zu 4.1 **mdl. Bericht: Vorstellung Kreiselternebeirat der Grundschulen und Förderzentren**

Frau Habeck und Frau Voß vom Kreiselternebeirat Grundschule und Förderzentren stellen anhand einer Power Point Präsentation (Anlage 1) die Arbeit des Beirates vor.

Es erfolgt die gemeinsame Beratung unter TOP 4.3.1.

Die Ausschüsse nehmen Kenntnis.

zu 4.2 **mdl. Bericht der Initiative Inklusion zur Elternperspektive bei den Förderzentren**

Frau Schellbach von der Initiative Inklusion trägt mit einer Power Point Präsentation (Anlage 2) die Stellungnahme der Initiative Inklusion zur Schulentwicklungsplanung vor. Sie bedankt sich ausdrücklich für den erkennbaren Willen der Hansestadt Lübeck, hier eine Verbesserung zu erzielen.

Es erfolgt die gemeinsame Beratung unter TOP 4.3.1.

Die Ausschüsse nehmen Kenntnis.

zu 4.3 Schulentwicklungsplanung Förderzentren
Vorlage: VO/2024/13171

Es erfolgt die gemeinsame Beratung unter TOP 4.3.1.

Die Ausschüsse nehmen Kenntnis.

Beschluss:

Die vorgelegte Schulentwicklungsplanung betrifft die Förderzentren in Trägerschaft der Hansestadt Lübeck. Die Schulentwicklungsplanung umfasst eine langfristige Schüler:innenzahlenprognose sowie eine Analyse der vorhandenen Schulstruktur und des zu erwartenden Raumbedarfs.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 4.3.1 Schulentwicklungsplanung der Förderzentren- überarbeiteter Bericht
Vorlage: VO/2024/13171-06

Herr Dr. Friedemann führt in das Thema ein und übergibt an Frau Ahlborn-Ritter, die anhand einer Power Point Präsentation (Anlage 3) die Kritikpunkte noch einmal aufgreift und die erarbeiteten Lösungsansätze dazu vorstellt.

Herr Dr. Friedemann betont mehrfach, dass das alles nur Schritt für Schritt umgesetzt werden könne und das nächste Ziel die multiprofessionelle Grundausstattung sei müsse.

Hieran erfolgt die gemeinsame Debatte aller drei Ausschüsse zu allen unter TOP 4.1 bis TOP 4.3.1 vorgetragenen Inhalten.

Frau Schulte-Ostermann dankt der Initiative Inklusion für den Vortrag ebenso Herrn Dr. Friedemann und lobt den Ansatz der „Schule ohne Schüler“. Sie trägt vor, dass die Campus-Klassen nach ihrer Auffassung nicht optimal seien.

Herr Dr. Friedemann erklärt hierzu, dass auch Campus-Klassen wertvoll seien und man diese nicht aufgeben sollte und fügt weiter hinzu, dass auch die berufliche Inklusion ausgebaut werden müsste.

Herr Haltermann berichtet von seinen beruflichen Erfahrungen und dem Schulalltag und stellt heraus, dass an allen Schulen die Fachkräfte/Sonderpädagog:innen fehlen. Hier sei das Land gefordert. Auch Campus-Klassen könnten nach seiner Auffassung ein erster guter Schritt sein.

Frau Schulte-Ostermann gibt zu bedenken, dass für Campus-Klassen Doppelstrukturen nötig seien und diese daher abzuschaffen wären, um die knappen Ressourcen gut nutzen zu können.

Herr Dr. Friedemann wirbt dafür zunächst einmal zu beginnen und in nächsten Schritt die Doppelstrukturen abzubauen.

Frau Gramke verweist noch einmal auf die Schule in Ellerbek, an der die Doppelbetreuung in den Klassen ein Erfolgsgrund sei.

Herr Dr. Friedemann erklärt, dass man an der personellen Situation nichts von Seiten der Hansestadt Lübeck machen könne.

Die Schulrätin Frau Werger- von Bergen erbittet unbedingt die Information, sollte – wie vorher geschildert – ein Kind an einer Schule aufgrund der Beeinträchtigung abgelehnt werden. Genau das soll eben nicht geschehen.

Sie betont, dass jede Schule auch inklusive Kinder beschule, aber nicht jede Schule sei für jedes Kind geeignet.

Sie wirbt dafür, dass sich die Haltung zum Thema verändern müsse und das geprüft werde, mit welchen Ressourcen eine erfolgreiche Umsetzung von Inklusion gelingen könnte.

Herr Müller begrüßt das heutige Treffen und erfragt die nächsten weiteren Schritte.

Herr Dr. Friedemann erklärt, dass man den Auftrag der Politik durch einen Beschluss zu Umsetzung benötige, damit begonnen werden kann.

Herr Zimmermann erklärt, dass Inklusion dort umgesetzt werden sollte, wo es funktioniert und man es nicht erzwingen dürfe.

Frau Schellbach berichtet aus dem Alltag, dass gemeinsamer Unterricht nicht stattfindet. Dem widerspricht Herr Schulze aus seiner beruflichen Erfahrung.

Herr Kerlin stellt dar, dass im Fokus stehen sollte, was für das betroffene Kind das Beste sei und erfragt, wie es an der Maria-Montessori-Schule weitergehen werde.

Sollte der Bericht so zur Kenntnis genommen werden, so Herr. Dr. Friedemann, werde mit dem GMHL geplant.

In der weiteren Debatte wird besprochen, dass die Politik das weitere Verfahren mit begleiten soll und auch die Eltern einbezogen werden müssten.

Herr Müller-Lornsen spricht sich gegen eine reduzierte Version aus, sondern möchte vielmehr Tempo in die Umsetzung geben. Er betont, dass es die UN-Konvention bereits seit 15 Jahren gebe und dass seither zu wenig geschehen sei.

Auch Herr Zimmermann spricht sich gegen eine reduzierte Version aus.

Herr Haltermann macht noch einmal deutlich, dass die Hansestadt Lübeck keinen Einfluss auf das Personal nehmen könne, lobt das Modell der Campus-Klassen und betont, dass auch die Lehrkräfte in dem Prozess mitgenommen werden müssten. Er erläutert zudem noch einmal die Zuständigkeiten der Stadt – hinsichtlich der Gebäude und des Landes hinsichtlich des Personals und der Konzepte.

Herr Haltermann begrüßt den schrittweisen Ansatz der Verwaltung und versichert, dass damit für jedes Kind die richtige Schule gefunden würde.

Frau Marschner sieht große Schwierigkeiten in der finanziellen Umsetzung.

Die Schulrätin Frau Werger- von Bergen bestätigt die Aussage, dass es zu wenig Sonderpädagog:innen gebe; aktuell seien die Stellen vorhanden und besetzt, aber nicht immer mit Sonderpädagog:innen.

Frau Friede stellt dar, dass nicht jedes Kind mit Inklusionsbedarf auch entsprechende Förderung bekomme, weil z.B. Eltern anderer Auffassung seien. Diese Kinder hätten so dennoch die Chance, inklusiv beschult zu werden.

Es sprechen weiter Frau Schulte-Ostermann, Frau Szygula, Frau Senatorin Frank, Frau Voß und Herr Müller.

Die Ausschüsse nehmen Kenntnis.

Beschluss:

Laut Schleswig-Holsteinischem Schulgesetz vom 24. Januar 2007* (Fassung vom 28.11.2022) § 48 haben Schulträger die Aufgabe, „unter Berücksichtigung der Planung umliegender Schulträger Schulentwicklungspläne aufzustellen und regelmäßig fortzuschreiben“. Mit Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention im Jahr 2009 hat sich Deutschland verpflichtet, ein inklusives Schulsystem aufzubauen. Ein Beschulungsangebot am Förderzentrum ist gemäß Schleswig-Holsteinischem Schulgesetz (SchulG §45) jedoch weiterhin vorzuhalten. Die vorgelegte Schulentwicklungsplanung betrifft die Förderzentren in Trägerschaft der Hansestadt Lübeck. Die Schulentwicklungsplanung umfasst eine langfristige Schüler:innenzahlenprognose sowie eine Analyse der vorhandenen Schulstruktur und des zu erwartenden Raumbedarfs.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5 Beschlussvorlagen

keine

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

**zu 6.1 Fraktion LINKE & GAL zu Schulentwicklungsplanung Förderzentren
Vorlage: VO/2024/13171-04**

Frau Schulte-Ostermann trägt den Antrag vor.

Frau Senatorin Frank erklärt, dass eine Kostenermittlung insbesondere auch mit Baukosten einen enormen Aufwand darstelle.

Herr Haltermann erklärt, dass es noch weiteren Beratungsbedarf gebe und bittet den Antrag zurückzuziehen.

Die anwesenden Fraktionsmitglieder ziehen den Antrag für die Fraktion zurück.

Beschluss:

Vergleichende Kosten- und Zeitschätzung für Förderschulmodelle in Lübeck

Die Verwaltung wird gebeten, bis August 2024 den voraussichtlichen Kostenplan für Förderschulen

a) für die im Bericht VO/2024/13171 von der Lübecker Verwaltung dargelegten Planung des Förderschulbaus und dazu im Vergleich

b) die Kosten für "Förderschule ohne Schüler*innen" nach dem Vorbild der schleswig-holsteinischen Kommunen Eutin und Schwarzenbek in Adaption für Lübeck

darzulegen.

Darzulegen ist ebenfalls im Vergleich die jeweils zeitliche Dauer für die Realisierung der zwei verschiedenen Modelle a) und b).

Sowohl bei den Kosten- als auch der Zeitplanung reicht zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine erste Kosten- und Zeitschätzung basierend auf den zum jetzigen Zeitpunkt im Rahmen dieses Berichtsanspruchs für eine Kosten- und Zeitschätzung verfügbaren Daten. Einschlägige Daten aus dem Bereich des Schulbaus inkl. Schulsanierungen Lübecks sind hierbei für die Schätzung heranzuziehen, sofern diese geeignet erscheinen und/oder wenn es keine anderen nutzbaren Daten geben sollte.

Bei der vergleichenden Zeit- und Kostenschätzung sind die jeweils mit Schulbau verbundenen

- gesetzlichen Klimaschutzvorschriften in der Zeit- und Kostenfolge sowie
- Umweltfolgekosten inkl. der finanziellen Auswirkung von gegebenenfalls neuer Flächenversiegelungen

zu berücksichtigen.

Bei dem Kostenvergleich sind ebenfalls die Betriebs- und Instandhaltungskosten der Gebäude nach a) und b) für Lübeck einander vergleichend gegenüberzustellen (wie z.B. Hausmeister- und Sach-/Materialkosten für Gebäudeinstandhaltung, Reinigungspersonal/-kosten der Gebäude, Energiekosten etc.).

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	

	Ohne Votum	
--	------------	--

**zu 6.2 Fraktion LINKE & GAL zu Schulentwicklungsplanung Förderzentren
Vorlage: VO/2024/13171-05**

Die anwesenden Fraktionsmitglieder ziehen den Antrag für die Fraktion zurück.

Beschluss:

1. Der Beirat und die Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung werden in den Ausschuss für Soziales und/oder Ausschuss für Schule und Sport eingeladen, um sie zu dem Bericht Schulentwicklungsplanung Förderzentren anzuhören.
2. Der Bericht wird bis dahin zurückgestellt.
3. Zu der Sitzung werden weitere Initiativen, wie die Initiative Inklusion eingeladen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

Keine Anträge

zu 8 Verschiedenes

Keine Themen

zu 9 Ende des öffentlichen Teils und der Sitzung

:Die stellvertretenden Vorsitzende schließt die Sitzung um 17:15 Uhr

Lübeck, den 25. November 2024

Frau Sandra Odendahl Vorsitz	Gitte Timmermann Protokollführung



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
14. Sitzung des Ausschusses für Soziales

Sitzungstermin:	Dienstag, 05.11.2024	
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr	
Sitzungsende:	19:55 Uhr	
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Michelle Akyurt - CDU		
Judith Balke - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Dr. med. Dipl.-Phys. Carsten Grohmann - CDU		
Andreas Müller - LINKE & GAL Fraktionsvorsitzender		
Helmut Müller-Lornsen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		bis TOP 4.2 von 18.30 Uhr
Mandy Siegenbrink - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Fraktionsvorsitzende		
Gregor Voht - SPD & FW		
Hülya Tac - CDU		bis TOP 4.2 ; 18:40 Uhr
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Katrin Funk - Unabhängige Volt-PARTEI		
Gabriele Gröschl-Bahr - SPD & FW		
Max Manegold - FDP		bei TOP 4.2 bis TOP 7.3 nicht anwesend (19:00 Uhr bis 19:20 Uhr)
Wolfgang Baasch - SPD & FW		
Annemarie Pirk - AfD		
Burghard Speckmann - SPD & FW		
Beiratsmitglieder		
Christian Rettberg - Beirat für Menschen mit Behinderungen		
Manfred Bergmann - Beirat für Senior:innen		bis TOP 4.1 ; 17.50 Uhr
Dr. Renate Schleker - Beirat für Senior:innen		
Verwaltung		
Daniel Blank - FBC FB 2		
Karin Claus - Soziale Sicherung		
Bianca Hartfuß - 2.000.1 Stabsstelle Sonderaufgaben		
Christiane Leu - Soziale Sicherung		nur öffentlichen Teil

FB 2 Personalrat - Personalrat	bis TOP 4.1 ; 17.48 Uhr
Daniela Rummert - 2.000.2 Stabsstelle Integration	nur öffentlichen Teil
Elke Sasse - 1.160 Frauenbüro	bis TOP 7.4 ; 19:45 Uhr
Senatorin Pia Steinrücke - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Gert Wadehn - Senioreneinrichtungen 2.502 SeniorInnen-Einrichtungen	bis TOP 4.1; 17:26 Uhr
Norma Meyer - 2.500 Soziale Sicherung	bis TOP 7.4 ; 19;45 Uhr
Volker Langhans - 2.500 Soziale Sicherung	bis TOP 4.2 ; 19:05 Uhr
Dr. Alexander Mischnik - 2.530 Gesundheitsamt	bis TOP 13.12 ; 17:26 Uhr
Protokollführung	
Gitte Timmermann - Soziale Sicherung	
Gäste	
Irene Böhme -	bis TOP 3.5; 16:55 Uhr
Dönmez - Verbraucherzentrale SH	bis TOP 4.1; 17:50 Uhr
Jonas Gabler - Verbraucherzentrale SH	bis TOP 4.1; 17: 50 Uhr
Krüger - Verbraucherzentrale SH	bis TOP 4.1; 17:50 Uhr
Nolte - Verein "Frauen helfen Frauen"	bis TOP 3.5; 16:55 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 03.09.2024	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Umsetzungsstand Teilhabeplan von und für Menschen mit Behinderung	2023/11967-01-01
3.2	AM Andreas Müller (Linke): Geburtshaus Lübeck	VO/2024/13618
3.3	Anfrage des AM Andreas Müller (Linke): Präventive Hausbesuche bei Senior*innen	VO/2024/13638
3.4	Allgemeine Information zu den Wohnungsbaufördermitteln	
3.5	Informationen zum Projekt "Stadtmütter"	
3.6	NEU: Mitteilung zur Neuen Mitte Moisling	
3.7	NEU: Anfrage AM Siegenbrink: Aktuelle Informationen zur Bahnhofsmision	
3.8	NEU: AM Siegenbrink : Sachstand zum Senior:innentreff St. Lorenz Süd	
3.9	NEU AM Akyurt: Anfrage zur aktuellen Situation in der Schuldnerberatung	
3.10	NEU: AM Akyurt: Sachstand zum Housing First	
3.11	NEU: AM Siegenbrink: Sachstand zur Schutzwohnung	
3.12	NEU: AM Akyurt: Sachstand zum Beschluss zu den Istanbul-Konventionen	
4	Berichte	
4.1	Verbraucherschutz im Quartier - das sozialräumliche Konzept der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein e.V.	
4.2	Erstattungsverfahren Grundsicherung SGB XII - fachaufsichtliche Prüfung	VO/2024/13674
5	Beschlussvorlagen	

5.1	Umwidmung der finanziellen Mittel "Duschbus" für die hygienische Versorgung obdachloser Menschen	VO/2024/13675
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	AM Andreas Müller (Linke): Verhütungsmittelfonds	VO/2024/13617
7.2	AM Mandy Siegenbrink (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), Michelle Akyurt (CDU), Max Manegold (FDP): Migrationsberatung in Lübeck	VO/2024/13649
7.3	AM Andreas Müller (LINKE & GAL): Änderung des Antragsverfahrens für Wohngeld	VO/2024/13659
7.4	Dringlichkeitsantrag - AM Michelle Akyurt (CDU), AM Helmut Müller-Lornsen (Bü90/DIE GRÜNEN), Max Manegold (FDP): Wohngeld	VO/2024/13676
8	Verschiedenes	
9	Ende des öffentlichen Teils	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen
--

Die stellvertr. Vorsitzende begrüßt die Anwesenden insbesondere die Vertreter:innen von der Verbraucherzentrale SH, dem Projekt „Frauen helfen Frauen“ sowie der KWL und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Die stellvertr. Vorsitzende erläutert, dass zu den nachfolgenden TOP's über die Dringlichkeit abzustimmen ist und ruft die TOP's einzeln auf:

TOP 5.1 – Umwidmung der finanziellen Mittel „Duschbus“ für die hygienische Versorgung obdachloser Menschen (VO 2024/13675)

Es erfolgt keine Wortmeldung.

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Dringlichkeit.

TOP 7.4 - Antrag von AM Akyurt, Müller-Lornsen und Manegold: Wohngeld (VO 2024/13676)

Frau Akyurt begründet die Dringlichkeit dieser Vorlage. Herr Müller sieht ebenfalls die Dringlichkeit, erklärt aber, dass ein Prüfbericht der Sache nicht hilft.

Der Ausschuss beschließt mit 12 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen die Dringlichkeit.

TOP 12.1 – Erstattungsverfahren Grundsicherung SGB XII – fachaufsichtliche Prüfung (VO 2024/13674)

Frau Akyurt erklärt, dass die kurzfristige Zuleitung der Vorlage nicht angemessen ist. Zudem hinterfragt sie, warum die Vorlage hier dem nichtöffentlichen Teil zugeordnet wurde. Sie sieht hier keine Inhalte, die eine nichtöffentliche Behandlung erfordern, sondern vielmehr sind hier Informationen enthalten, die die Öffentlichkeit interessieren könnten. Sie erklärt aber, die Dringlichkeit zu sehen.

Frau Senatorin Steinrücke erklärt, dass die Einschätzung des Rechtsamtes hier zur Einordnung in den nichtöffentlichen Teil geführt hat und begründet die Einstufung in den nichtöffentlichen Teil mit den noch laufenden Verhandlungen mit dem Land.

Die Sitzung wird für 5 Minuten von 16:11 Uhr bis 16:16 Uhr unterbrochen.

Frau Senatorin Steinrücke berichtet, dass –auch nach erneuter Rückfrage beim Rechtsamt der Stadtverwaltung- die Einschätzung weiterhin besteht, eine nichtöffentliche Behandlung vorzunehmen. Da aber zu befürchten ist, dass die Vorlage dann die Dringlichkeit nicht erhalten wird, und die Verwaltung die Vorlage und das Thema behandelt wissen möchte und die Vorlage nicht zurückgezogen werden soll, wird die Behandlung im öffentlichen Teil unter dem neuen TOP 4.2 erfolgen.

Die stellv. Vorsitzende lässt zunächst über die Dringlichkeit anstimmen

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Dringlichkeit.

Im Anschluss lässt die stellv. Vorsitzende über die Zuordnung des TOP 12.1 zum nichtöffentlichen Teil abstimmen.

Der Ausschuss beschließt mit 5 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung keine Beratung im nichtöffentlichen Teil. Damit wird der TOP 12.1 im öffentlichen Teil unter TOP 4.2 behandelt.

Die stellvertr. Vorsitzende lässt nunmehr über die erweiterte Tagesordnung gem. den vorherigen Abstimmungen abstimmen.

Der Ausschuss beschließt die geänderte Tagesordnung mit 13 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung.

Die stellvertr. Vorsitzende lässt über die Zuordnung der TOP 10 bis 14 zum nichtöffentlichen Teil en bloc abstimmen:

Der Ausschuss beschließt einstimmig

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Teilnahme von Frau Timmermann, Frau Claus, Frau Hartfuß und Herrn Blank im nichtöffentlichen Teil.“

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 03.09.2024

Frau Timmermann verliest die vorab mitgeteilte Änderung für das Protokoll:

Zu Top 4.2 wird der Satz mit den hier in Fettdruck versehenen Ergänzung geändert.

„Frau Akyurt bittet um die Vertagung **bis zur Haushaltssitzung**“.

Weitere Wortmeldung gibt es nicht.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

Der Ausschuss beschließt die Niederschrift mit der o.g. Ergänzung einstimmig.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 3.1 Umsetzungsstand Teilhabeplan von und für Menschen mit Behinderung Vorlage: 2023/11967-01-01

Herr Müller-Lornsen findet die Beantwortung seiner Fragen aus dem September 2023 nicht zufriedenstellend.

Frau Senatorin Steinrücke erklärt, dass ein regelhafter Bericht durch die Verwaltung sinnvoller wäre, als große Fragenkataloge abzuarbeiten.

Herr Baasch begrüßt eine jährliche Berichterstattung, möchte aber hier die Wünsche und Anregungen des Beirates für Menschen mit Behinderung erfahren.

Herr Rettberg erklärt, dass sich der Beirat gerne einbringen würde, aber aktuell personelle Engpässe vorherrschen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Beschluss:
ergänzender Fragenkatalog des AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) VO/2023/11967)

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.2 AM Andreas Müller (Linke): Geburtshaus Lübeck
Vorlage: VO/2024/13618

Herr Dr. Mischnik berichtet vom regen Austausch mit dem Geburtshaus und dem Rechtsamt.

Das Geburtshaus ist aktuell in der Vorbereitung aller erforderlichen Unterlagen.

Frau Funk hinterfragt die Zeitschiene.

Herr Dr. Mischnik ist hierzu nichts bekannt.

Frau Gröschl-Bahr berichtet von den Gesprächen mit dem Geburtshaus und der geplanten Umsetzung im kommenden Jahr.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Beschluss:

1. Wie ist der Sachstand zum Thema Geburtshaus Lübeck?
2. Welche Unterstützungsmöglichkeiten können die Verwaltung der Hansestadt Lübeck, die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck und der Sozialausschuss dem Geburtshaus Lübeck bieten?
3. Wie viele Kontakte (persönlich/ (fern-)mündlich/ schriftlich gab es seit dem 05.09.2023 - mit welchen Ergebnissen?

	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	

Abstimmungsergebnis	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.3	Anfrage des AM Andreas Müller (Linke): Präventive Hausbesuche bei Senior*innen Vorlage: VO/2024/13638
---------------	--

Frau Claus erklärt, dass die Verstetigung der Hausbesuche geplant ist und dazu eine Vorlage in Vorbereitung ist. Notfalldosen werden bei den Besuchen thematisiert und es wird auch erfragt. Zudem berichtet sie, dass die Aufgabe jetzt dem Fachbereich 4, dort dem Kommunalpräventiven Rat, zugeordnet wurde.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Beschluss:

1. Wie viele präventive Hausbesuche haben in 2023 und 2024 stattgefunden?
 2. Wird bei den präventiven Hausbesuchen auf die Möglichkeit der Anschaffung von Notfalldosen hingewiesen?
 3. Wird bei präventiven Hausbesuchen von Senior*innen nach Notfalldosen gefragt?
 4. Welche Möglichkeit hat der FB 2 die Verbreitung der Notfalldosen zu unterstützen?
- https://www.uksh.de/pi_20201125_Notfalldose-path-181766,9874,13830,182668.html

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.4	Allgemeine Information zu den Wohnungsbaufördermitteln
---------------	---

Frau Claus verweist auf die Informationen, die den Mitgliedern des Ausschusses im Sommer zugegangen sind und erklärt, dass dazu keine neuen Sachstände vorliegen. Die Antragsfristen sind seit dem 01.09.2024 wieder geöffnet, aber weiter ist dazu nichts bekannt. Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.5	Informationen zum Projekt "Stadtmütter"
---------------	--

Frau Böhme vom Verein „Frauen helfen Frauen“ berichtet, dass es aufgrund von strukturellen Veränderungen auch zu personellen Veränderungen gekommen ist. Der Verein hat drei Projekte: Laden 58, Frauenhaus und Stadtmütter, die alle 3 besser verzahnt werden sollen. Das Projekt „Stadtmütter“ läuft weiter, es gibt auch neue Kurse.

Hierzu sprechen noch Frau Nolte, Frau Dr. Schleker und Herr Voht, der begrüßt, dass die Zielvereinbarungen erfüllt werden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Die Vertreterinnen vom Verein „Frauen helfen Frauen“ verlassen die Sitzung um 16:55 Uhr.

zu 3.6 NEU: Mitteilung zur Neuen Mitte Moisling

Frau Hartfuß berichtet anhand einer Power Point Präsentation über ein optimiertes Konzept und eine mögliche Zeitschiene zur Pflegeeinrichtung Neue Mitte Moisling.

Hierzu sprechen Herr Müller, Frau Siegenbrink sowie Frau Akyurt. Es wird bedauert, dass die Mitglieder des Ausschusses keine Vorbereitungszeit zu dieser PPP hatten. Zudem wird erfragt, ob die zeitliche Zusammenlegung der Beratung zu dem Wirtschaftsplan der SIE und dem Gesamtkostenkonzept erfolgen kann.

Frau Senatorin Steinrücke sowie Herr Wadehn und Frau Hartfuß erläutern die Schwierigkeiten, die bei einer zeitlichen Zusammenlegung bestehen.

Es wird deutlich dargestellt, dass der Wirtschaftsplan für alle 7 Häuser aufgestellt wird. Sollte aufgrund einer Planung für die Neue Mitte Moisling der Wirtschaftsplan nicht beschlossen werden, hat die SIE eine Interimshaushaltsführung, was zu Problemen führen kann.

Herr Baasch erfragt, ob und warum die Übergabe des Grundstücks von der Trave an die Stadt eine so lange im Zeit in Anspruch nimmt. Frau Hartfuß erklärt, dass aktuell auf dem Grundstück noch eine Kita untergebracht ist.

Weiter sprechen Herr Voht, Herr Wadehn, Frau Siegenbrink und Herr Müller, der eine Sondersitzung mit Themen zur SIE im Februar anregt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.7 NEU: Anfrage AM Siegenbrink: Aktuelle Informationen zur Bahnhofsmision

Frau Siegenbrink erfragt den Sachstand zur „Bahnhofsmision“.

Frau Senatorin Steinrücke berichtet, dass mehr ehrenamtliche Helfer gewonnen werden konnten und die geschilderte prekäre Lage daher nicht mehr besteht.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.8 NEU: AM Siegenbrink : Sachstand zum Senior:innentreff St. Lorenz Süd

Frau Siegenbrink erfragt den aktuellen Stand zum Senior:innentreff St. Lorenz Süd.

Frau Claus berichtet, dass die AWO den Treff machen wird, die Konzepte dazu erarbeitet werden und eine Zielvereinbarung geschlossen werden wird.

Frau Dr. Schleker erfragt, in welchen Räumlichkeiten der Treff stattfinden wird. Frau Claus erklärt, dass dieses noch nicht feststeht und im Übrigen die Entscheidung hierüber bei der AWO liegt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.9 NEU AM Akyurt: Anfrage zur aktuellen Situation in der Schuldnerberatung

Frau Akyurt berichtet von Engpässen bei den Schuldnerberatungen im Land und erfragt die Situation in der städtischen Schuldnerberatung.

Frau Claus bestätigt, dass die Engpässe landesweit vorherrschen, aber die städt. Beratungsstelle personell gut ausgestattet ist und die Wartezeiten deutliche kürzer sind, als im Landesdurchschnitt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.10 NEU: AM Akyurt: Sachstand zum Housing First

Frau Akyurt erfragt den Sachstand zum „Housing First“.

Frau Leu berichtet, dass ein genauer Starttermin noch nicht bekannt ist und die DNNO sich aktuell in der Phase der Feinkonzeption befindet.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.11 NEU: AM Siegenbrink: Sachstand zur Schutzwohnung

Frau Siegenbrink erfragt den Sachstand zu der Schutzwohnung, die der Ausschuss beschlossen hat.

Frau Senatorin Steinrücke bestätigt, dass die Verwaltung mit der Umsetzung beschäftigt ist.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.12 NEU: AM Akyurt: Sachstand zum Beschluss zu den Istanbul-Konventionen

Frau Akyurt erinnert an den Beschluss zur Istanbul-Konvention und vermisst hierzu aktuelle Informationen zu dem Konzept.

Frau Sasse erklärt, dass man davon ausgegangen sei, dass die Konzepte der Politik vorliegen würden und das das Frauenbüro daran arbeitet.

Frau Senatorin Steinrücke erklärt, dass das Thema auf die Priorisierungsliste gesetzt wird.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Wadehn und Herr Dr. Mischnik verlassen die Sitzung um 17:26 Uhr.

zu 4 Berichte

zu 4.1 Verbraucherschutz im Quartier - das sozialräumliche Konzept der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein e.V.
--

Herr Gabler von der Verbraucherzentrale SH berichtet anhand der Power Point Präsentation über die Arbeit der Verbraucherzentrale. Zudem erläutert er, dass die finanzielle Unterstützung des Landes gestrichen wurde und damit das Projekt „Verbraucherschutz im Quartier“ beendet werden wird.

Hierzu sprechen Herr Müller-Lornsen, Frau Gröschl-Bahr, Herr Baasch und Herr Müller.

Herr Gabler erklärt, dass eine Fürsprache gegenüber dem Land für dieses Projekt wichtig wäre.

Der Ausschuss einigt sich, der Bürgerschaft zu empfehlen, sich für die Weiterführung dieses Projektes gegenüber dem Land auszusprechen.

Herr Meierhoff (Personalrat FB 2) verlässt die Sitzung um 17:48 Uhr.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Die Vertreter:innen der Verbraucherzentrale und Herr Bergmann verlassen die Sitzung um 17:50 Uhr.

Die Sitzung wird von 17:50 Uhr bis 18:00 Uhr unterbrochen.

zu 4.2 Erstattungsverfahren Grundsicherung SGB XII - fachaufsichtliche Prüfung Vorlage: VO/2024/13674

Hier erfolgt die öffentliche Beratung des vormals unter TOP 12.1 für den nichtöffentlichen Teil eingestellte Vorlage.

Frau Senatorin Steinrücke führt in das Thema ein und berichtet von den Gesprächen mit dem Land zu dieser Thematik. Sie erläutert die Standardabsenkungen bei Folgeanträgen und bekräftigt die Einschätzung, dass kein nennenswerter finanzieller Schaden durch die Absenkungen der Standards entstanden ist und betont, dass man vorrangig das Wohl der Antragstellenden und eine kurzfristige Leistungsgewährung der existenzsichernden Leistung im Fokus hatte. Neuanträge seien selbstverständlich vollständig geprüft worden.

Man ist in laufenden Abstimmungen mit dem Land und Mitte November wird ein weiteres Gespräch mit dem Land stattfinden.

Herr Langhans berichtet von der Situation in der Grundsicherung, insbesondere über die komplexen rechtlichen Prüfungen je Antrag, die mit den Jahren gestiegenen Bürokratierfordernisse, die stetig steigenden Antragszahlen, die hohe Fluktuation bei den Mitarbeitenden und den Fachkräftemangel, v.a. im sozialen Bereich,

Die Abteilung ist unterbesetzt und die Fallzahlenschlüssel je Mitarbeitenden zu hoch. Eine Verbesserung der Situation ist mit erheblichem organisatorischem Aufwand verbunden und eine Trendwende setzt nur sehr schleppend ein.

Frau Akyurt führt aus, dass wenig Personal und mehr Anträge zu den Absenkungen geführt haben, aber unklar geblieben ist, warum es keine Überlastungsanzeige gab bzw diese erst so spät gestellt wurde.

Sie bemängelt, dass über die Standradabsenkungen im Ausschuss nicht berichtet wurde und betont, dass es hier um richtig viel Geld für die Stadt geht. Sie erfragt, ob hierzu noch mehr vorgetragen werden wird oder man hierzu Akteneinsicht beantragen muss.

Frau Senatorin Steinrücke erklärt hierzu, dass laufend dazu berichtet wurde und werden wird.

Frau Siegenbrink erfragt, seit wann die Verwaltung davon Kenntnis hat, dass die finanzielle Erstattung ggf. nicht erfolgen könnte.

Frau Senatorin Steinrücke erklärt, dass die Verwaltung grundsätzlich weiterhin davon ausgeht, dass die Erstattungen zeitnah wiederaufgenommen werden. Die Erkenntnis über das mögliche Nichterfolgen der Erstattung hat sich erst durch die kürzlichen Entwicklungen der Austausche zwischen Bund und Land und Land und Stadt ergeben.

Frau Senatorin Steinrücke ergänzt, dass die Standabsenkungen dem Land vorab immer bekanntgegeben wurden und man diese inzwischen alle zurückgenommen wurden. Weiterhin erläutert sie, dass das Land vom Bund geprüft wurde und dort vermutlich strengere Maßstäbe angesetzt wurden. Der Bund hat das Land aufgefordert, die Mittel zurückzuhalten.

Herr Voht merkt an, dass das Verfahren des Bundes und des Landes unredlich ist und lobt die Lübecker Verwaltung, dass man den bedürftigen Menschen in den Fokus gestellt hat. Er kann nachvollziehen, dass das Personal frustriert ist.

Herr Baasch weist auf den Bericht der Bürgerbeauftragten hin. Er bezieht sich auf die Darstellung zu den umfangreichen rechtlichen Prüfungen und erfragt, ob man ggf. eine Vorschlagsliste zur Vereinfachung erstellen könnte, die man dem Land und dem Bund zuleiten könnte.

Frau Claus stellt heraus, dass die dort tätigen Mitarbeitenden mit einem enorm hohen Engagement und einem hohen Verantwortungsbewusstsein ihre Arbeit leisten.

Weiter sprechen Frau Tac, Frau Gröschl-Bahr, und Herr Mangegold, der erfragt, ob es diese Probleme auch bei anderen Kommunen gegeben hat.

Frau Tac verlässt um 18:40 Uhr die Sitzung.

Herr Müller-Lornsen verlässt von 18:30 Uhr die Sitzung.

Frau Senatorin Steinrücke berichtet, dass es einen ähnlichen Fall in Hessen gegeben hat.

Herr Manegold verlässt um 19:00 Uhr den Saal.

Herr Langhans verlässt die Sitzung um 19:05 Uhr.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Umwidmung der finanziellen Mittel "Duschbus" für die hygienische Versorgung obdachloser Menschen Vorlage: VO/2024/13675
--

Die stellv. Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, die ursprünglich per Haushaltsbegleitbeschluss für die Einrichtung eines Duschbusses investiv geplanten Mittel für die Einrichtung/den Ausbau der Duschkabines im Sophie-Kunert-Haus (SKH) und in der Zentralen Beratungsstelle (ZBS) gemäß den vorgelegten Kostenvoranschlägen zu verwenden.
Die Diakonie Nord Nord Ost in Holstein gemeinnützige GmbH (DNNO) erhält für die Umsetzung eine investive Zuwendung in Höhe von 37.000,00 EUR gemäß der vorliegenden Kostenschätzungen der DNNO.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss beschließt einstimmig gem. Antrag .

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
--

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

**zu 7.1 AM Andreas Müller (Linke): Verhütungsmittelfonds
Vorlage: VO/2024/13617**

Herr Müller begründet den Antrag.

Herr Voht erklärt, dass er die Reihenfolge der Punkte 1-3 kritisch sieht und nur Ziffer 2+3 zustimmen kann und sich bei Ziffer 1 enthalten wird.

Frau Akyurt stellt dar, dass dieses keine kommunale Aufgabe ist und schlägt die Vertagung des Antrags vor, bis die Verwaltung hierzu vorgetragen hat.

Herr Müller ist mit der Vertagung von Ziffer 1 einverstanden und bittet den Ziffern 2 und 3 zuzustimmen.

Hierzu sprechen weiter Frau Dr. Schleker und Frau Sasse.

Die Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag zu Ziffer 1 der Vorlage abstimmen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Vertagung gem. Ziffer 1.

Es wird vereinbart, dass die Verwaltung zeitnah zu Ziffer 1 vorträgt.

Die stellv. Vorsitzende lässt über die Ziffern 2 und 3 abstimmen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig gem. Ziffer 2 und 3 des Antrages.

Beschluss:

1. *Der Beschluss des Sozialausschusses (VO/2019/07701-01) wird neu gefasst. Der darin enthaltene Satz „Der städtische Anteil an den Projektkosten sinkt jährlich um 5%.“ wird gestrichen.*
2. *Die Schwangerenberatungsstellen in Lübeck werden in die erste Sitzung des Sozialausschusses im Jahr 2025 eingeladen, um über den Verhütungsmittelfonds zu berichten.*
3. *Die Verwaltung wird beauftragt, in der ersten Sitzung des Sozialausschusses im Jahr 2025 ihre Einschätzung zum Verhütungsmittelfonds vorzutragen.*

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Vertagung von Ziffer 1 und beschließt einstimmig die Ziffern 2 und 3 gem. Antrag.

zu 7.2 **AM Mandy Siegenbrink (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), Michelle Akyurt (CDU), Max Manegold (FDP): Migrationsberatung in Lübeck**
Vorlage: VO/2024/13649

Frau Siegenbrink begründet den Antrag.

Frau Senatorin Steinrücke erklärt, dass Frau Rummert von der Stabsstelle Integration die Beantwortung vornehmen wird.

Der Ausschuss beschließt einstimmig.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, die *aktuelle Situation der Migration* in Lübeck darzustellen. Dabei sind bitte die nachfolgenden Aspekte darzustellen:

1. Trägerstruktur

- 1.1. Welche Aufgaben übernimmt die Migrationsberatung nach den Zuwendungsbedingungen?
- 1.2. Welche Träger bieten in welchem Umfang (Personalstellen) Beratungsleistungen im Zusammenhang mit (a) dem Aufenthaltstitel/Asylantrag, (b) Sprach- und Integrationskursen, (c) Arbeitsmarktzugang, (d) Familienzusammenführung ("Familiennachzug") von Migrant*innen an.
- 1.3. Mit welchen Anliegen suchen Menschen die Migrationsberatung auf? Finden auch Angebote zu (a) freiwilliger Rückkehr oder (b) Aufklärung über Rückführungen statt? Berät die Migrationsberatung auch bei Abwendung rechtmäßiger Rückführungsbemühungen?
- 1.4. Welche prozentualen Anteile an den bestehenden Personalstunden werden für Beratungsstunden aufgewendet?
- 1.5. Wie stellt sich bei den Personalstellen das Anstellungsverhältnis dar (Festanstellungen, freie Mitarbeitende)?
- 1.6. Besteht eine Koordination/Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Trägern?
- 1.7. Wie können Hilfesuchende von den vorhandenen Angeboten erfahren?
- 1.8. Decken sich Auftrag mit den thematischen Anliegen?

2. Finanzierung:

- 2.1. Wie werden die jeweiligen Migrationsberatungsstellen in Lübeck finanziert?
- 2.2. Welche Anteile tragen dabei (a) die Träger, (b) die Hansestadt, © das Land und (d) der Bund? Wie haben sich die jeweiligen Finanzierungsanteile in den letzten fünf Jahren verändert?
- 2.3. Gibt es weitere Finanzierungsquellen (z.B. Stiftungen, EU-Mittel)?
- 2.4. Wie reagiert die finanzielle Ausstattung auf eine zunehmende bzw. abnehmende Beratungsnachfrage?
- 2.5. Gibt es bei Finanzierung von Migrationsberatungsstellen durch die Hansestadt Lübeck Zielvereinbarungen o.ä. hinsichtlich quantitativer und qualitativer Ziele der Beratung?
- 2.6. Hat bereits eine Evaluation der Beratungsangebote stattgefunden oder ist diese geplant? Wenn ja: Welches methodische Vorgehen, welche Datengrundlagen und welche (Erfolgs)-Kriterien liegen der Evaluation zu Grunde und was sind die Ergebnisse der Evaluation?

3. *Auslastung:*

- 3.1. *Welche Öffnungszeiten haben die Migrationsberatungen?*
- 3.2. *Wie viele Ratsuchende nehmen die Migrationsberatung in Anspruch (monatliche Zahlen der letzten 3 Jahre)?*
- 3.3. *Wie lange sind die durchschnittlichen Wartezeiten für einen Beratungstermin? Wie hat sich die Wartezeit in den vergangenen 3 Jahren entwickelt?*
- 3.4. *Gibt es Engpässe oder Überangebote bei bestimmten Beratungsthemen oder Sprachen?*
- 3.5. *Wie viele Personen nehmen nur ein Erstgespräch in Anspruch und wie viele kommen zu Folgeberatungen?*
- 3.6. *Wie reagiert das Beratungsangebot auf veränderte Nachfrage nach bestimmten Themen oder Sprachen? Hat das Beratungsangebot in den vergangenen 3 Jahren auf veränderte Nachfrage nach bestimmten Themen oder Sprachen reagiert?*
- 3.7. *Hat bereits eine Evaluation der Beratungsangebote stattgefunden oder ist diese geplant? Wenn ja: Welches methodische Vorgehen, welche Datengrundlagen und welche (Erfolgs)-Kriterien liegen der Evaluation zu Grunde und was sind die Ergebnisse der Evaluation?*

4. *Probleme und Herausforderungen:*

- 4.1. *Mit welchen Schwierigkeiten sehen sich die Migrationsberatungsstellen konfrontiert?*
- 4.2. *Gibt es personelle oder finanzielle Engpässe oder Überkapazitäten?*
- 4.3. *Welche Verbesserungsmöglichkeiten sehen die Träger?*
- 4.4. *Welche Verbesserungsmöglichkeiten sieht die Verwaltung (a) bei den Trägern und b) bei der Koordination (Zusammenarbeit) bei bzw. zwischen den verschiedenen Trägern?*
- 4.5. *Sind Probleme oder Beschwerden von Ratsuchenden bei erfolgten Beratungen bekannt? Wenn ja, welche Maßnahmen wurden zur Verbesserung ergriffen?*

5. *Zukunftsperspektiven:*

- 5.1. *Welche Pläne gibt es zur Weiterentwicklung der Migrationsberatung in Lübeck?*
- 5.2. *Sind Erweiterungen, Reduzierungen oder Umstrukturierungen geplant?*

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss beschließt einstimmig.

**zu 7.3 AM Andreas Müller (LINKE & GAL): Änderung des Antragsverfahrens für Wohngeld
Vorlage: VO/2024/13659**

Herr Müller begründet den Antrag und verweist insbesondere auf dem § 26 a WoGG.

Hierzu erläutert Frau Meyer, dass § 26 a WoGG –wenn möglich – Anwendung findet, was in der Praxis aber nur in äußerst seltenen Fällen möglich ist.

Herr Manegold kehrt in den Sitzungssaal um 19:20 Uhr zurück.

Weiter sprechen hierzu Herr Speckmann, Herr Müller, Frau Siegenbrink, Frau Senatorin Steinrücke, Frau Dr. Schleker sowie Frau Claus.

Herr Müller zieht den Antrag zurück.

Beschluss:

Das Verfahren für die Antragstellung von Wohngeld wird geändert. Es soll auf das Einreichen von Unterlagen (*Nachweisen*) verzichtet werden. Vielmehr sollen Antragstellende die nötigen Angaben zur Berechnung von Wohngeldanspruch (analog zum Wohngeldrechner) digital oder in Papierform machen können. Die Angaben werden übernommen und nur in Stichproben überprüft.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

**zu 7.4 Dringlichkeitsantrag - AM Michelle Akyurt (CDU), AM Helmut Müller-Lornsen (Bü90/DIE GRÜNEN), Max Manegold (FDP): Wohngeld
Vorlage: VO/2024/13676**

Frau Meyer beantwortet die Fragen in der Sitzung.

Hierzu sprechen Frau Gröschl-Bahr und Frau Akyurt bittet um eine kurze Unterbrechung zur Beratung.

Die Sitzung von 19:40 Uhr bis 19:43 Uhr unterbrochen.

Der Antrag wird von den Antragstellern zurückgezogen.

Frau Akyurt bittet, diesen Punkt wieder mit auf die Tagesordnung im Dezember zu nehmen.

Frau Sasse und Frau Meyer verlassen die Sitzung um 19:45 Uhr.

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgrund der Presseberichterstattung über verlängerte Bearbeitungszeiten bei Wohngeldanträgen gebeten zu berichten:

1. Welche Möglichkeiten der Verfahrensvereinfachung bestehen und ausgeschöpft werden können, um eine deutliche Beschleunigung der Bearbeitung der Wohngeldanträge zu erreichen und Bearbeitungsrückstände so schnell wie möglich signifikant zu reduzieren.

2. Ob insbesondere Gebrauch gemacht wird vom §26a Wohngeldgesetz (WoGG). Dieser erlaubt, dass das Wohngeld auch vorläufig gezahlt werden kann, wenn für die Prüfung des Wohngeldanspruchs voraussichtlich längere Zeit erforderlich ist und es hinreichend wahrscheinlich ist, dass der oder die Antragstellende einen Anspruch auf Wohngeld hat. Die Zahlung erfolgt dann unter Vorbehalt der endgültigen Entscheidung.

Werden vorläufige Bewilligungsbescheide im Sinne der Vorschrift seitens der Wohngeldstelle erlassen? Wenn ja: unter welchen Voraussetzungen in welchem Umfang geschieht dies? Wenn nein: warum nicht?

3. Ob die Verwaltung es als zweckmäßig ansieht, ein „Front-Office“ einzurichten, das als Anlaufstelle für den ersten Kundenkontakt dient, auch zur Sichtung des Antrags und der Unterlagen auf Vollständigkeit.

4. Wie die Verwaltung Personal zur Beschleunigten Bearbeitung umschichten kann.

Der Bericht wird in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses im Dezember vorgelegt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Antrag wurde zurückgezogen.

zu 8 Verschiedenes

Frau Siegenbrink bittet um die Einladung der Obdachlosenhilfe – Herrn Rühmling -zur nächsten Sitzung, um einen Sachstand zu erfahren.

zu 9 Ende des öffentlichen Teils
--

Die stellv. Vorsitzende schließt um 19:51 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum. Die Sitzung wird um 19:52 Uhr von der stellv. Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Die stellv. Vorsitzende berichtet, dass die Niederschrift vom 03.09.2024 genehmigt wurde und schließt um 19:53 Uhr die Sitzung

Lübeck, den 25. November 2024

Frau Gabriele Gröschl-Bahr
Vorsitzende/r

Gitte Timmermann
Protokollführung